Unsere Vision:
Eine friedensfähige Stadt

Zivile Ausrichtung von Wirtschaft und Forschung sichern: Für Betriebe, Forschungseinrichtungen und kommunale Kooperationen muss eine verbindliche Zivilklausel gelten. Militärische Forschung, Entwicklung und Produktion haben in Göttingen keinen Platz und sind konsequent auszuschließen.



Friedensbildung und demokratische Räume stärken: Friedensinitiativen, zivilgesellschaftliche Gruppen und kritische Veranstaltungen müssen uneingeschränkten Zugang zu städtischen und universitären Räumen erhalten. Politische Zensur oder Einschränkungen durch Sicherheitsbehörden dürfen dabei keine Rolle spielen

Internationale Friedensarbeit und politische Bildung fördern:

- **Die Stadt Göttingen soll eine aktive Rolle in internationalen Friedensnetzwerken übernehmen.**
- **Initiativen wie „Mayors for Peace“ stärken.**
- **Gleichzeitig braucht es mehr Bildungsangebote, die sich kritisch mit Krieg, Aufrüstung und internationalen Konflikten auseinandersetzen.**



Wähler★innengemeinschaft Göttinger Linke

E-Mail: *kommunalwahl2026@goettinger-linke.de*
Website: *www.goettinger-linke.de*
Facebook: *www.facebook.com/goettingerlinke.ratsfraktion*
ViSdP: *GöLinke · Ch. Siebecke · Lange Geismarstraße 3 · 37073 Göttingen*

Wessen Stadt ist die Stadt?

Friedensfähigkeit statt Kriegstüchtigkeit

Unsere Stadt gehört den Menschen nicht dem Militär und den Kriegsprofiteuren

Wähler★innengemeinschaft
Göttinger Linke
www.goettinger-linke.de

Eine Stadt ohne Militär

Wer profitiert von den politischen Entscheidungen, und wer trägt am Ende die Konsequenzen im Alltag vor Ort?

Die Aufrüstung ist auch in Göttingen längst sichtbar. Die Bundeswehr tritt als Karriereakteur auf, etwa durch Präsenz im Arbeitsumfeld oder bei Veranstaltungen wie dem Göttinger Berufsinformationstag, und wirbt gezielt bei jungen Menschen. Jugendoffiziere sind an Schulen aktiv. Gleichzeitig wird der öffentliche Raum zunehmend reguliert. Kritische, friedensorientierte Veranstaltungen werden erschwert oder verhindert, etwa durch Nutzungsordnungen oder politische Einflussnahme auf städtische und universitäre Räume.





Friedenspolitik in der Kommune



In Göttingen zeigt sich sehr konkret, wer über die Stadt bestimmt: Während knappe kommunale Mittel für Soziales, Bildung, Kultur und Sport ständig unter Druck stehen, fließen gleichzeitig immense Summen in die Aufrüstung der Bundeswehr. Schon 2025 hatte Oberbürgermeisterin Petra Broistedt darauf hingewiesen, dass durch Entscheidungen von Bund und Land Millionenbeträge im Haushalt der Stadt fehlen, die vor Ort dringend benötigt würden. Gleichzeitig werden enorme Summen für militärische Zwecke bereitgestellt, häufig über sogenannte Sondervermögen, die die Kosten lediglich in die Zukunft verschieben und kommende Generationen belasten.

Wessen ist die Stadt?

Militärische Präsenz im öffentlichen und schulischen Raum muss zurückgedrängt werden: Die Bundeswehr darf in Göttingen nicht als normaler Akteur der Berufsorientierung auftreten. Weder auf städtischen Veranstaltungen wie dem Göttinger Berufsinformationstag noch in Arbeitsagenturen oder Schulen soll für militärische Karrieren geworben werden.

Unsere Stadt gehört allen Menschen, nicht den Interessen von Aufrüstung und militärischer Logik. Friedensfähigkeit ist keine abstrakte Forderung, sondern eine konkrete Aufgabe auch auf kommunaler Ebene. Göttingen kann und muss ein Ort sein, an dem politische Entscheidungen, Stadtentwicklung, Bildung und Forschung auf zivile, soziale und friedliche Ziele ausgerichtet sind.